

Der Ruf nach Elternzeit wird lauter

Der Nationalrat entscheidet über zwei Wochen Vaterschaftsurlaub – gefordert wird aber noch viel mehr

ANGELIKA HARDEGGER

Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub für alle. Vor vier Jahren war das in Bundesbern das Anliegen einer Minderheit. Nun, in der letzten Session dieser Legislatur, dürfte das Parlament zwei Wochen Vaterschaftsurlaub verabschieden. Am Mittwoch kommt das Geschäft in den Nationalrat. Der Ständerat hat bereits zugestimmt; die vorberatende Kommission des Nationalrats auch.

Die Debatte wird mit der Abstimmung vom Mittwoch nicht vorbei sein. Sie beginnt erst richtig. Das Zauberwort heisst «Elternzeit», und einer, der dieser Tage viel darüber spricht, ist Daniel Graf. Er ist Erfinder der digitalen Unterschriftensammlung in der Schweiz und selbsternannter «Gamechanger». Über seine Plattform kam die Gletscher-Initiative zustande, das Referendum gegen Sozialdetektive auch. Jetzt will Graf «Gamechanger» für Schweizer Familie werden.

Vorbild Norwegen

Im Frühjahr 2016 hatte Graf die Initiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub mit lanciert. Heute findet er das Anliegen bereits überholt. «Die Elternzeit ist das progressivere Modell», sagt Graf.

Er und seine Mitstreiter propagieren 30 Wochen Elternzeit, je 15 für die Mutter und 15 für den Vater. Sie haben dem Modell den geflügelten Namen «Gleichstellung plus» gegeben; «plus», weil das Modell Frauen und Männer beim Geburtsurlaub tatsächlich gleichstellen würde – anders als ein Vaterschaftsurlaub von zwei oder vier Wochen.

Im Oktober will Graf einen Initiativtext vorlegen, ab März 2020 Unterschriften sammeln. Er ist überzeugt davon, dass die Politik hinter den Erwartungen der Gesellschaft hinterherhinkt. «Die Elternzeit», sagt er, «ermöglicht eine echte Gleichstellung in der Schweiz.»

Graf will nicht von einem Vaterschaftsurlaub sprechen. Faktisch fordert er aber genau das: 15 Wochen Urlaub für die Väter plus eine Woche zusätzlichen Urlaub für die Mütter. Das paritätische Modell werde als «Systemwechsel» wahrgenommen, sagt Graf. Die Bezeichnung Elternzeit treffe deshalb zu. Sowieso soll das Modell «15+15» in Grafs Vision nur eine Etappe sein. Er hofft, dass die 30 Wochen später ausgebaut werden könnten. «Diese zusätzliche Zeit könn-



Der Vaterschaftsurlaub hat in den letzten Jahren gesellschaftlich und auch politisch an Akzeptanz gewonnen.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

ten Eltern dann unter sich aufteilen», sagt Graf. Ähnliche Pläne hegt die SP.

Im Unterschied zu Graf will die SP aber gleich «all in» gehen. Sie hat eine Initiative angekündigt, die 14 Wochen für Mütter, 14 Wochen für Väter und 10 Wochen flexibel aufteilbare Elternzeit vorsieht. Damit bekäme die Schweiz norwegische Verhältnisse: Dort haben Mütter und Väter nach einer Geburt Anspruch auf je 15 Wochen Urlaub. Danach offeriert der Staat eine Elternzeit von 26 Wochen, die unter den Elternteilen aufteilbar ist. Das Beispiel Norwegen zeigt, warum ein Vaterschaftsurlaub in der Länge des Mutterschutzes aus gleichstellungspolitischer Sicht sinnvoller ist als eine «richtige» Elternzeit: Den 14-wöchigen Vaterschaftsurlaub ziehen vier von fünf Norwegern tatsächlich ein. In den frei aufteilbaren Wochen bleiben hingegen hauptsächlich die Norwegerinnen zu Hause. Die Folge: Flexible Elternzeit verbessert die Stellung von Müttern im Berufsleben kaum.

30 Wochen Elternzeit sind in der Schweiz noch lange nicht mehrheitsfähig. Dennoch könnte eine Initiative Folgen haben. Die Initiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub hat es gemacht: Erst unter ihrem Druck wurden zwei Wochen «Papi-Zeit» im Parlament mehrheitsfähig. Noch im Frühjahr 2016 hatte das Parlament eine Zwei-Wochen-Forderung von CVP-Nationalrat Martin Candinas abgelehnt. Als die Initiative für vier Wochen Urlaub zustande kam, holte Candinas den Vorschlag von 2016 aus der Schublade und zimmerte daraus jenen indirekten Gegenvorschlag, der am Mittwoch voraussichtlich angenommen wird.

Die ganz grosse Allianz

Graf glaubt, mit dem Vorschlag «15+15» den kleinsten gemeinsamen Nenner für eine breite, überparteiliche Allianz gefunden zu haben. Von bürgerlicher Seite haben bisher einzelne Frauen aus CVP und BDP öffentlich Sympathien mit dem

Initiativprojekt von Graf bekundet. Die Sozialdemokraten beraten noch, ob sie die eigene Initiative zugunsten von seinem Projekt fallenlassen wollen. Kampagnenleiterin Nadine Masshardt sagt, eine breite Abstützung der Elternzeit sei zentral. «Wir bleiben auf jeden Fall im Gespräch mit möglichen Allianzpartnern.»

Auch das Komitee für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub dürfte sich hinter die Elternzeit stellen. Die meisten Stimmen im Komitee hat der Arbeitnehmerverband Travailsuisse. Dessen Präsident Adrian Wüthrich hat signalisiert, dass er die Vier-Wochen-Initiative zurückziehen und sich einer Elternzeit-Allianz anschliessen will.

Andere Mitglieder aus dem Initiativkomitee wollen die Vier-Wochen-Initiative nach wie vor zur Abstimmung bringen. Der Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen teilt mit, man begrüsse die Stossrichtung einer Elternzeit. Ein Vaterschaftsurlaub von vier Wochen sei aber früher realisierbar.

Pietro Vermassa, Kämpfer gegen Aids, steigt in die politische Arena

Der ehemalige Präsident der Schweizerischen Vereinigung der Aids-Hilfsgruppen tritt in den Nationalrat ein

Der ehemalige Präsident der Schweizerischen Vereinigung der Aids-Hilfsgruppen (SVA) Pietro Vermassa tritt in den Nationalrat ein. Vermassa, 58 Jahre alt, ist seit 2015 Präsident der SVA. Er ist ein bekannter Aktivist im Kampf gegen Aids und hat sich für eine bessere Finanzierung von Aids-Hilfsgruppen eingesetzt. Vermassa wird im Nationalrat die Interessen der SVA vertreten. Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP).

Vermassa wird im Nationalrat die Interessen der SVA vertreten. Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP). Vermassa ist ein bekannter Aktivist im Kampf gegen Aids und hat sich für eine bessere Finanzierung von Aids-Hilfsgruppen eingesetzt. Vermassa wird im Nationalrat die Interessen der SVA vertreten. Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP).

Vermassa wird im Nationalrat die Interessen der SVA vertreten. Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP). Vermassa ist ein bekannter Aktivist im Kampf gegen Aids und hat sich für eine bessere Finanzierung von Aids-Hilfsgruppen eingesetzt. Vermassa wird im Nationalrat die Interessen der SVA vertreten. Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP).

Vermassa wird im Nationalrat die Interessen der SVA vertreten. Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP). Vermassa ist ein bekannter Aktivist im Kampf gegen Aids und hat sich für eine bessere Finanzierung von Aids-Hilfsgruppen eingesetzt. Vermassa wird im Nationalrat die Interessen der SVA vertreten. Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP).

Vermassa wird im Nationalrat die Interessen der SVA vertreten. Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP). Vermassa ist ein bekannter Aktivist im Kampf gegen Aids und hat sich für eine bessere Finanzierung von Aids-Hilfsgruppen eingesetzt. Vermassa wird im Nationalrat die Interessen der SVA vertreten. Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP).